

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**  
**Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit**

04.03.2025

**Niederschrift**

**über die 5. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit (AfKUOS) am Montag, 03.03.2025**

Sitzungsort:

Tagungsraum ASB-Tagesstätte, Eichhorster Str., Neubrandenburg  
(Treff vor dem Obdachlosenhaus, Eichhorster Str. 15 a)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:51 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer

Gremiumsmitglied

Herr Thomas Ambros

Herr Thomas Kirchner

Ratsherr Dr. Roman Kubetschek

Ratsfrau Sibylle Weber

Herr Andreas Wolff

stellv. Gremiumsmitglied

Ratsherr Raphael Wittek

Vertretung für Ratsherrn Steffen Bülow

**Abwesend:**

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Steffen Bülow

entschuldigt

Gremiumsmitglied

Ratsherr Michael Stieber

entschuldigt

Verwaltung

Herr Modemann

Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Kunze

Abteilungsleiterin Ordnung, Verkehr und Gewerbe

Herr Behm

Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst

Frau Kriegler

Abteilungsleiterin Wirtschaft, Stadtentwicklung und Wohnen

Herr Vogel

Abteilungsleiter Stadtgrün, Friedhof und Forst

Herr Füsting

Beauftragter des Oberbürgermeisters

Herr Renner

Fachbereichsleiter Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung

Gäste

Herr Ralph Teuber, Centermanager ECE (Marktplatzcenter)  
Ratsherr Tim Großmüller

Öffentlicher Teil**TOP 1 Eröffnung und Begrüßung**

**Ratsherr Schwanke**, Vorsitzender des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit, eröffnet die 5. Sitzung des AfKUOS und begrüßt die Mitglieder sowie die anwesenden Gäste.

**TOP 2 Begehung/Besichtigung der Übernachtungsstätte mit dem Geschäftsführer ASB, Herrn Brehe**

Die Übernachtungsstätte für Obdachlose wurde gemeinsam mit dem Geschäftsführer des ASB besichtigt. Dabei wurden gestellte Fragen durch Herrn Brehe beantwortet.

Anschließend erfolgte der Wechsel in den Tagungsraum der ASB-Tagesstätte.

**TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

**Ratsherr Schwanke** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Anwesenheitsmehrheit ist gegeben. Es sind **8** von **9** Mitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 4. Sitzung vom 13.01.2025**

Die Niederschrift der **4. Sitzung** vom **13.01.2025** wird mehrheitlich bestätigt.

**TOP 5 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

**Ratsherr Dr. Kubetschek** übergibt ein Schreiben der Fraktion Projekt NB mit einer Auflistung von baulichen Mängeln an der Immobilie der Freiwilligen Feuerwehr Oststadt. Er bittet um Information zur Umsetzung. Das Schreiben wird der Niederschrift als Anhang angefügt.

**Ratsherr Dr. Kirchhefer** möchte wissen, welche Planungsgrundlage für Sicherheitsstreifen für Radfahrende anzuwenden sind. Frau Kunze verweist auf die VwV-StVO (Ermächtigung über StVG) zu Absatz 4 Satz 2 Nr. 5, hinsichtlich Radverkehrsanlagen - Verweis auf Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) Punkt 3.2.

**Herr Ambros** greift Inhalte der letzten Stadtvertreterversammlung vom 20.02.2025 auf. In der Einwohnerfragestunde gab es eine Wortmeldung eines Bürgers aus Cölpin, der seine Bedenken äußerte zur Sicherheit in Neubrandenburg und angab, dass er aufgrund der Kriminalitätslage nicht in die Stadt ziehen würde. Aus den Niederschriften der Ausschusssitzungen u. a. vom 22.05.23, 17.03.23, 25.09.23 ergäbe sich, dass zu diesem Thema bereits mehrfach diskutiert wurde, das Ergebnis bzw. die gegenwärtige Situation aber

nicht zufriedenstellend sei. Er selbst hat Kontakt zu dem o. g. Bürger aufgenommen. Es gehe um die gefühlte Sicherheit in der Bevölkerung.

**Ratsherr Schwanke** widerspricht der Aussage des Bürgers zur Kriminalitätslage in Neubrandenburg und macht deutlich, dass er diese Einschätzung nicht teilt. Er weist zudem darauf hin, dass der Ausschuss auf die Kriminalitätslage keinen Einfluss hat.

**Herr Ambros** weist auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Landtag M-V, DS 8/3595 vom 22.05.2024, hin und übergibt den Anwesenden eine Kopie der Antwort der Landesregierung.

**Herr Kirchner** erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Umsetzung des Beschlusses STV 40/15/2024 vom 16.05.2024 zur Stärkung der Kriminalprävention. Der Beschluss sieht die Erarbeitung eines Konzeptes zum Ausbau von Präventionsangeboten vor, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. Ein Schwerpunkt des Konzeptes soll auf der Erweiterung von Stellen in der Schulsozialarbeit sowie in der mobilen und stationären Jugendarbeit liegen.

**Herr Füsting** übergibt die Konzeption nach aktuellem Stand als Tischvorlage an die anwesenden Mitglieder des Ausschusses. Diese Konzeption wurde in enger Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen 3 und 4 erarbeitet.

**Herr Ramp** informiert über den aktuellen Stand. In einem ersten Schritt wird die aktuelle Lage analysiert und es erfolgt eine Bedarfsanalyse. Ein wesentlicher Punkt ist die starke Zersplitterung in der Präventionsarbeit. Das Land M-V ist Hauptförderer der Schulsozialarbeit, die Stadt tritt als Kofinanzierer auf. Die Förderung der Schulsozialarbeit erfolgt über den ESF. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage liegt der Fokus derzeit darauf, die bestehenden Stellen zu erhalten.

Die Präventionsarbeit wird vor allem in den Vereinen der Stadt Neubrandenburg sowie durch verschiedene Förderprojekte unterschiedlicher Träger umgesetzt. Eine schriftliche Aufarbeitung der aktuellen Situation ist in Arbeit. Als nächster Schritt steht die Zuordnung der identifizierten Bedarfe an. Dabei wird der Präventionsrat als wichtiges Gremium eine zentrale Rolle in der weiteren Zusammenarbeit spielen.

**Herr Füsting** schlägt vor, einmal jährlich im Ausschuss zum Stand zu berichten.

**Ratsherr Dr. Kirchhefer** äußerte, dass der derzeitige Stand der Umsetzung des Beschlusses nicht zufriedenstellend sei. Die ursprüngliche Intention des Beschlusses war, die Stellen im präventiven Bereich zu erhöhen. Dies müsse gegenüber dem Landkreis klar kommuniziert und mit der Forderung verbunden werden, dass wir mehr Schulsozialarbeit brauchen. Er forderte, dass sich die Stadt aktiv an den Landkreis wendet, um diesen Bedarf offiziell anzumelden.

**Herr Ramp** entgegnete, dass das Thema aufgrund der Vielzahl an involvierten Akteuren sehr komplex sei. Erst wenn alle relevanten Aspekte geklärt seien, könne eine bedarfsgerechte Ausstattung erfolgen.

Herr **Ambros** fragt, aus der Sitzung vom 22.05.23 – Was ist das CTC (*Communities That Care*) Programm?

**Herr Füsting** erklärt: Dieses Programm wurde vom Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelt. Es kann zur statistischen Regionalanalyse genutzt werden und damit Basis für ein Sicherheitskonzept sein. Es wurde jedoch im Neubrandenburger Präventionsrat entschieden, die statistische Untersetzung kriminalpräventiver Aktivitäten weiter gemeinsam mit der FH Güstrow - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes M-V, zu entwickeln.

## **TOP 5.1 Bericht zu Baumpflege und -pflanzungen 2024 und perspektivisch 2025 dazu: Herr Vogel, ABL Stadtgrün, Friedhof und Forst**

Anhand einer Power-Point-Präsentation wurde der Bericht zu den Baumpflegearbeiten und -pflanzungen für das vergangene sowie das laufende Jahr vorgestellt durch **Herrn Vogel**.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anhang angefügt. **Herr Vogel** erläuterte, dass jede Lücke und jeder Straßenzug begutachtet wird, um mögliche weitere Standorte zu identifizieren.

**Ratsherr Dr. Kirchhefer** fragt, wann die Ersatzpflanzungen für die gefälltten Bäume im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Große Wollweberstr. beginnen bzw. ob diese bereits vorgenommen wurden.

**Frau Kriegler** antwortet, dass Ersatzpflanzungen noch nicht vorgenommen wurden, die Ausschreibung sei noch nicht erfolgt.

**Herr Vogel** erläutert, dass Pflanzungen in der Großen Wollweberstr. einen Schwerpunkt bilden würden. Er betont, dass der Untergrund bei Pflanzungen stets berücksichtigt werden müsse. Wäre der vorhandene Baumbestand erhalten geblieben und die Straße neu gebaut und versiegelt worden, wären die Bäume zeitnah eingegangen. Daher seien die Qualität der Baumstandorte sowie der Umgang mit dem Baumumfeld entscheidend.

**Ratsherr Wittek** fragt nach Pflanzungen in der Robinienstr. Mit der Sanierung der Straße wurden Bäume, die Probleme bereitet haben, entfernt. Er erkundigt sich, wer für die Planung der Robinienpflanzungen an den Straßen verantwortlich ist.

**Herr Renner** antwortet, dass dieses Wohngebiet Mitte der 90er Jahre erschlossen und gebaut wurde. Etwaige Fristen sind abgelaufen und Regress nicht mehr möglich.

**Ratsfrau Weber** fragt, wer Robinienwildwuchs entfernt.

**Herr Vogel** antwortet, dass dies durch die Stadt nur im öffentlichen Bereich möglich sei. Die Robinie ist ein idealer Baum, angepasst an Trockenphasen. Alle Straßenbäume unterliegen Testverfahren zur Züchtung geeigneter Straßenbäume.

**Ratsherr Schwanke** möchte wissen, wer die Bepflanzung am Bethaniencenter kontrolliert. Es existiert ein Beschluss der Stadtvertretung zur Neugestaltung der Parkflächen.

**Herr Renner** weist darauf hin, dass dies ein privates Bauvorhaben sei und ein privater Bauherr diese Baumaßnahme realisiert. Über die Bauaufsicht der Stadt würden Kontrollen durchgeführt.

## **TOP 6 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Durch den Vorsitzenden wird Rederecht für Ratsherrn Großmüller und Herrn Teuber beantragt. Dem wird zugestimmt.

Die Tagesordnung wird bestätigt. Änderungsbedarf besteht nicht.

## **TOP 7 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung**

## **TOP 8 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 2035+ (ISEK Neubrandenburg 2035+) Vorlage: BV/VIII/0115**

**Frau Kriegler** informiert zur Beschlussvorlage. Am 25.02.2025 fand eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder der Stadtvertretung statt. Das ISEK enthält grobe Daten und verknüpft soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte. Es hat keinen rechtsverbindlichen Charakter und bildet die Grundlage für die strategische Stadtentwicklung in der Stadt und für die Einwerbung von Fördergeldern. Alle anderen Konzepte werden im ISEK vereint.

Frau Kriegler weist auf die Notwendigkeit eines ISEK für die Vier-Tore-Stadt hin. Mit seinen umfassenden thematischen Schwerpunkten und Querschnittsthemen trägt das Konzept dazu bei, die Lebensqualität für alle Generationen zu sichern und zu stärken, Wirtschaft anzusiedeln, berücksichtigt Klimawandel und Nachhaltigkeit und ist Leitbild für die kommenden Jahre.

**Ratsherr Dr. Kubetschek** fragt, wer kommt dafür auf, wenn etwas schiefgeht? Wenn etwas freiwillig ist, wieso brauchen wir das dann?

**Herr Renner** antwortet, dass die Rechtsverbindlichkeit durch den Beschluss der Stadtvertretung entsteht. Das ISEK ist Handlungsgrundlage für die Arbeit der Verwaltung. Fördermittelgeber (Bau und Wirtschaft) fordern diese Konzepte. Es soll sichergestellt werden, dass die Kommunalpolitik hinter den jeweiligen Projekten steht. Alle Maßnahmen der Städtebauförderung oder Wirtschaftsförderung müssen im ISEK stehen. Das Land M-V ist damit sehr gut gefahren in den letzten Jahren und weitet das sogar aus.

**Ratsherr Dr. Kubetschek** richtet die direkte Anfrage an Herrn Renner und Frau Kriegler, ob sie hinter diesem ISEK stehen. Beide stimmen dem zu, denn ohne Drittmittel wird es uns nicht gelingen, Maßnahmen umzusetzen. Das ISEK sei der Schlüssel für Fördermittel.

**Ratsherr Dr. Kirchhefer** fragt, ob über das ISEK noch einzeln diskutiert wird. Aus seiner Sicht besteht noch Diskussionsbedarf.

**Ratsherr Dr. Kubetschek** stimmt seinem Vorredner zu und hält eine Beschlussfassung in der nächsten Stadtvertreteritzung für verfrüht. Er schlägt vor, in der Sitzung im Juni darüber zu beschließen.

**Herr Renner** sieht keinen zeitlichen Druck. Jedoch sollte ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Die Stadtvertretung muss immer über Einzelmaßnahmen befinden. Insofern werden sich die Stadtvertreter in jedem Fall mit jeder Maßnahme befassen müssen.

## **Ja 5 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **TOP 9 Antrag für eine dauerhafte Lösung zur Ordnung und Sicherheit auf dem Marktplatz und den Treppen vorm HKB und H&M Vorlage: BV/VIII/0121**

**Der Vorsitzende** erteilt Herrn Teuber das Wort.

**Herr Teuber** ist zum zweiten Mal im Ausschuss. Sein Thema hätte Relevanz für die ganze Stadt, er spricht aber nur für die Innenstadt. Er sei bereits vor 1 Jahr an die Stadt herangetreten. Im Jahr 2023 war sowohl im und vor dem Center eine Situation festzustellen, die angenehm war, es gab wenig markante Anzeigen von Mietpartnern. Familien saßen im Sommer vor dem HKB an den Springbrunnen usw. Dies hätte sich seit Frühjahr 2024 geändert – seit den Schlägereien im Strandbad Broda u. a. Das Anzeigenaufkommen sei seitdem höher.

Die Situation auf dem Marktplatz und den Treppen vor dem HKB wurden das letzte Mal im Ausschuss schon geschildert. Nach seinen Beobachtungen hätten sich Jugendliche zum Diebstahl verabredet und Kampfhunde trainiert. Er äußerte die Bitte, dieses Thema mit größter Relevanz zu behandeln, das Center selbst hat bereits reagiert. Die hauseigene Wachmannschaft wurde verstärkt. Die Situation auf dem Marktplatz hat sich seit Herbst 2024 nicht markant verändert. Er äußert Kritik am präventiven Konzept von Stadt und Polizei. Das Durchgriffsrecht auf dem Marktplatz hat die Polizei. Er wünscht sich mehr Präsenz des Außendienstes des Ordnungsamtes auf dem Marktplatz. Ohne die Polizei wird eine Lösung nicht möglich sein. Es gibt zu wenige Streifen im öffentlichen Raum – diese sollten dringend platziert werden. Er schlägt vor, aus dem AfKUOS heraus das Thema Videoüberwachung anzugehen. Er selbst würde gern am Präventionskonzept mitarbeiten. Das Marktplatzcenter hat die meiste Frequenz an Besucherinnen und Besuchern in der Innenstadt, deshalb möchte er gern mitarbeiten. Durch Streetworker sei bisher keine Kontaktaufnahme erfolgt – auf ihn sei noch keiner zugekommen.

Die Vier-Tore-Stadt als Ganzes wird von den Kundinnen und Kunden bzw. Gästen positiv wahrgenommen.

**Ratsherr Großmüller** bestätigt, dass die Ausführungen von Herrn Teuber deckungsgleich sind mit Ausführungen von Bürgerinnen und Bürgern, mit denen er Kontakt hatte.

Auf die Polizei kann man sich nicht verlassen. Das Ordnungsamt müsse stärker eingesetzt und gefordert werden. Der Außendienst könne mehr Aufgaben übernehmen, auch Aufgaben,

die sonst die Polizei übernimmt. Seiner Meinung nach macht das Ordnungsamt einen schlechten Job im Bereich Sicherheit in der Stadt.

Er berichtet, dass die Zahl der Ordnungswidrigkeiten und Straftaten durch ausländische Jugendliche bundesweit zunimmt, was sich auch in der polizeilichen Kriminalstatistik widerspiegelt. Diese Entwicklung macht sich zunehmend auch in unserem Ort bemerkbar, insbesondere durch Diebstähle und Übergriffe auf Kinder. Die Kriminalität nimmt spürbar zu, und innerhalb der Bevölkerung wächst die Besorgnis. Die Notwendigkeit einer schnellen und wirksamen Lösung wird betont, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und einer weiteren Verschärfung der Lage entgegenzuwirken.

**Frau Kunze** berichtet über die verstärkte Streifentätigkeit des Außendienstes des Ordnungsamtes seit Juni 2024, insbesondere in der Innenstadt. Sie erläutert, dass das Einschreiten der Mitarbeitenden sowie Identitätskontrollen nach den Vorgaben des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes erfolgen müssen. Zudem besteht eine enge Abstimmung mit dem Polizeihauptrevier über das Einsatzgeschehen.

Hinsichtlich korrekter Fallzahlen oder Maßnahmen können seitens des Ordnungsamtes keine Aussagen getroffen werden; hierzu sei ausschließlich die Polizei auskunftsberechtigt. In Auswertung der CDU-Fraktionssitzung mit der Polizeiinspektion Neubrandenburg, an der sie teilgenommen hat, wird betont, dass Strafanzeigen bei der Polizei zwingend erforderlich sind, damit diese entsprechend reagieren und ihre Streifentätigkeit anpassen kann.

Das Thema Videoüberwachung liegt in der Verantwortung der jeweiligen Eigentümer. In dem betroffenen Bereich erfolgt eine nächtliche Videoüberwachung. Abschließend wird festgehalten, dass Prävention als Pflichtaufgabe stärker in den Fokus rücken muss. Die angesprochenen Problematiken sind jedoch vorrangig politische Themen, die nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden können.

**Herr Füsting** berichtet aus seiner 30-jährigen Erfahrung als Präventionsbeauftragter der Stadt über die veränderte Kriminalitätsslage seit 2015. Es seien sowohl im Landesgebiet als auch in unserer Stadt neue Formen der Kriminalität entstanden, die auch schwerere Delikte, wie insbesondere Messergewalt, umfassen. Die vorliegende Beschlussvorlage zur Sicherheitskonzeption für die Stadt Neubrandenburg greife diese Entwicklungen auf. Allerdings müsse neben objektiven Sicherheitsmaßnahmen auch das subjektive Sicherheits- und Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung stärker berücksichtigt werden. Allein durch Videoüberwachung könne keine ausreichende Sicherheit gewährleistet werden; eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt sei ebenfalls notwendig.

Herr Füsting schlägt vor, im Sinne der von Rats Herrn Großmüller eingebrachten Beschlussvorlage eine ergänzende Vorlage zur Entwicklung eines Sicherheitskonzeptes für die Turmstraße und den Marktplatz zu erstellen. Nach Rücksprache mit der Polizei seien diese Bereiche jedoch keine kriminalitätsbelasteten Hotspots. Als tatsächlicher Schwerpunkt der Kriminalität innerhalb der Stadt wird die Oststadt benannt. Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang festgelegt oder vorgeschlagen werden, sollten auf ihre sicherheitsrelevante Wirksamkeit hin geprüft werden.

**Herr Wolff** äußert Bedenken hinsichtlich der Verlässlichkeit der polizeilichen Kriminalitätsstatistik und betont die Notwendigkeit, sich auf mögliche zukünftige Entwicklungen vorzubereiten. Er unterstreicht die Bedeutung einer verstärkten Präsenz von Polizei und Ordnungsamt für die Sicherheitslage der Stadt.

**Rats Herr Dr. Kirchhefer** betont, dass die von Herrn Teuber geschilderten Beobachtungen sehr ernst genommen werden müssen und insbesondere die Polizei in der Verantwortung steht. Er weist darauf, dass es wahrscheinlich keine dauerhafte Lösung für die Problematik geben wird, es jedoch kontinuierlich neue Ansätze und Ideen braucht, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Gleichzeitig hebt er die Bedeutung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik hervor, sieht jedoch eine Gefahr in der aktuellen medialen Berichterstattung. Straftaten würden medial zunehmend und umfangreich begleitet, was das subjektive Unsicherheitsgefühl zusätzlich verstärken könnte.

**Ratsherr Dr. Kubetschek** erkundigt sich, ob es möglich ist, eine detaillierte Kriminalitätsstatistik für die Stadt zu erhalten, aufgeschlüsselt nach Stadtgebieten. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die polizeiliche Kriminalitätsstatistik erst nach Veröffentlichung durch den Innenminister M-V zur Verfügung steht. Für die Ausschusssitzung am 05.05.2025 sei geplant, den Leiter des Polizeihauptreviers und des Kriminalkommissariats Neubrandenburg, einzuladen.

**Herr Kirchner** fasst die Inhalte der CDU-Fraktionssitzung mit der Polizeiinspektion (PI) Neubrandenburg zusammen. Er stellt fest, dass das dort gezeichnete Bild der Sicherheitslage in der Stadt insgesamt kein positives ist. Allerdings sei die Innenstadt aus polizeilicher Sicht kein kriminalitätsbelasteter Schwerpunkt. Frau Finnen von der PI konnte keine aktuellen konkreten Zahlen aus der PKS herausgeben. Sie wies jedoch darauf hin, dass der PI nur eine begrenzte Anzahl an Einsatzkräften zur Verfügung steht. Viele Einsätze im Zuständigkeitsbereich der PI würden aus verschiedenen Gründen nur noch mit mindestens zwei Streifenwagen durchgeführt. Neben repressiven Maßnahmen betonte die Polizei auch die Bedeutung präventiver Ansätze. Dazu zählen insbesondere die Stärkung des sozialen Umfeldes, Präventionsmaßnahmen und soziale Beratung.

**Ratsherr Großmüller** merkt an, dass die Polizei in der Stadt zahlreiche Aufgaben übernimmt, die grundsätzlich auch vom Ordnungsamt erledigt werden könnten. Seiner Einschätzung nach betrifft dies 20 bis 25 Prozent der polizeilichen Aufgaben, z. B. Ruhestörung. Zudem weist er darauf hin, dass freitags ab 14 Uhr im Ordnungsamt niemand mehr erreichbar sei, was in bestimmten Situationen problematisch ist.

**Ratsherr Dr. Kubetschek** erkundigt sich nach alternativen Möglichkeiten, an relevante Daten zu gelangen, falls die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik nicht zugänglich sind. Er schlägt vor, zu prüfen, ob entsprechende Erkenntnisse über die Statistik von Rettungsdiensteinsätzen gewonnen werden können. Dies könnte eine gezieltere Planung und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen ermöglichen.

**Herr Modemann** betont, dass der Gesetzgeber festgelegt hat, dass außerhalb der Dienstzeiten des Ordnungsamtes die Polizei zuständige Stelle ist. Es seien alternative Lösungsansätze erforderlich, um die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten. Er weist darauf hin, dass die Bestreifung durch den Außendienst in der Innenstadt bereits zur Erhöhung der Sichtbarkeit beiträgt und damit das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verbessern kann. Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, dass die Mitarbeitenden des Außendienstes in den Sommermonaten von Mai bis September auch mit der Absicherung der Strandbäder beschäftigt sind, wodurch weniger Personal für Streifendienste zur Verfügung stehen. Abschließend betont er, dass die Sicherheitslage in der Stadt auch ein Thema für die Landesregierung sei. Die von Ratsherrn Dr. Kubetschek vorgeschlagene Idee hält er für eine gute Anregung.

**Ratsherr Schwanke** spricht sich dafür aus, die vorliegende Beschlussvorlage in der Stadtvertretung zu behandeln und die wichtigsten Punkte zur Beschlussfassung zu bringen. Er betont die Notwendigkeit einer starken Polizeipräsenz in der Stadt und schlägt vor, ein Schreiben an den Innenminister des Landes zu senden, um auf die Sicherheitslage und den Bedarf an verstärkter Unterstützung durch die Polizei aufmerksam zu machen.

**Ratsherr Dr. Kubetschek** fragt, seit wann die Mitarbeitenden des Außendienstes im Ordnungsamt mit Stichschutzwesten ausgestattet sind und ob die Mitarbeitenden im Rettungsdienst ebenfalls ausgestattet werden sollten. **Frau Kunze** antwortet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst des Ordnungsamtes im Jahr 2021 ausgestattet wurden.

**Herr Behm** erläutert, dass hierzu ein Austausch mit der Feuerwehr in Duisburg stattgefunden hat. Nach sorgfältiger Abwägung habe man sich dagegen entschieden, Stickschutzwesten im Rettungsdienst einzuführen. Der Hauptgrund sei die Wirkung auf die Bevölkerung und potenzielle Täter – der Einsatz von Stickschutzwesten könnte zu einer unnötigen Eskalation führen. Zudem sei in 90% der Einsätze keine Notwendigkeit für eine solche Schutzausrüstung gegeben.

Am Ende fehlte eine Zusammenfassung bzw. Aufgabenstellung an die Verwaltung, weshalb der auf S. 6 im Abs. 3 formulierte Vorschlag - *Herr Füsting schlägt vor, im Sinne der von Ratsherrn Großmüller eingebrachten Beschlussvorlage eine ergänzende Vorlage zur Entwicklung eines Sicherheitskonzeptes für die Turmstraße und den Marktplatz zu erstellen* – in der Nachbereitung mit dem Ausschussvorsitzenden als Aufgabenstellung für die Verwaltung formuliert wurde.

Auf die Herstellung der Nichtöffentlichkeit wurde aufgrund fehlenden Bedarfs verzichtet.

**Ratsherr Schwanke** schließt die Sitzung um 19:51 Uhr.

gez. Hans-Jürgen Schwanke  
Ausschussvorsitzender

gez. Sylvana Rähler  
Protokollantin